

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**10. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2018/2023**

Sitzungstermin:	Dienstag, 03.09.2019	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	20:20 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Ingo Schaffenberg - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Aydin Candan - SPD		
Michelle Akyurt - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen		bis TOP 9.1 (19:53 Uhr)
Dr. Carsten Grohmann - CDU		
Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Werner Vieler - AfD		
Aneta Wolter - CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Sophie Bachmann - SPD und Lübecker Jugendring		
Angelika Büche - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Luretta Kuhn - CDU		Vertretung für: Frau Nil Gersdorf
Andreas Müller - Die Linke		
Gabriele Ulrich - SPD		
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL		
Dr. Axel Walther - FDP		
Verwaltung		
Wolf-Dieter Barteck - 1.203 - Beteiligungscontrolling		
Regina Kühl - Bilanzbuchhalterin der SIE		
Michael Mühleis - 2.021 FBD FB 2		
Ivonne Ristow - 2.530		
Daniela Rummert - 2.000.2 Koordinierung Flüchtlingsarbeit		
Elke Sasse - 1.160 - Frauenbüro		

Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Anke Seeberger - 2000.2 - Stabsstelle Integration, FB 2	
Manuel Hertz - FBC FB2	
Ulrich Kewitz - 2.500 Soziale Sicherung	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	
Dr. Michael Hamschmidt - Gesundheitsamt	
Protokollführung	
Britta Bormann - Soziale Sicherung	
Gitte Timmermann -	
Gäste	
Sophie Bachmann -	zu Top 8.2 als Referentin
Roberta Gerlach -	Referentin zu TOP 6.3
Joe Goldyn -	Referent zu TOP 6.3
Helmut Müller-Lornsen - FB 2	
Stine Raben -	zu TOP 6.2
Christian Rettberg - Behindertenbeauftragter	
Beiratsmitglieder	
Wolfgang Domeyer - Seniorenbeirat	
Entschuldigte Mitglieder	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Nil Gersdorf - CDU	entschuldigt
Verwaltung	
Vivien Wolgast - Jobcenter Lübeck	entschuldigt
Gäste	
Joachim Tag - Jobcenter Lübeck	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören	
2	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
3	Feststellung der Tagesordnung	
4	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 04.06.2019	
5	Mitteilungen des Vorsitzenden	
6	Berichte	
6.1	mündlicher Bericht zu dem Berichts Antrag des AM Hönel "Psychoziale Unterstützung von Geflüchteten" (beschlossen in der Sitzung am 04.06.2019)	
6.2	Kurzvorstellung der im Gesundheitsamt durchgeführten Bachelorarbeit von Frau Stine Raben im Rahmen des Gesundheitswirtschaftsstudiums an der TH Lübeck zum Thema: "Entwicklung einer Empfehlungsliste zur Suchtprävention in den Kindertagesstätten in Lübeck"	
6.3	Lsbt - queere Jugendarbeit in Lübeck Vorstellung durch das Jugendnetzwerk lambda::Nord	
6.4	Beitritt der Hansestadt Lübeck - Bereich 2.500 - Soziale Sicherung als Mitglied zu dem Verein "Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V. (BAG - SB)"	VO/2019/07935
6.5	Verteilung der 5 zusätzlich durch das Land finanzierten Frauenhausplätze	VO/2019/07939
6.6	Verlagerung der Aufgabe Rattenbekämpfung vom Bereich 2.530 - Gesundheitsamt in den Bereich 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten	VO/2019/07422
7	Beschlussvorlagen	
7.1	Finanzierung des Projektes "Lübecker Stadtmütter" des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. für 2020	VO/2019/08009
7.2	Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen	VO/2019/08002
7.3	Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnen-Einrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2018	VO/2019/07990
7.4	Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem.	VO/2019/07993

	§95 d, Abs. 1, Gemeindeordnung Schl.-Holst. (GO) für das Haushaltsjahr 2019 im Produkt 315201 - SeniorInnenEinrichtungen	
7.5	Wirtschaftsplan 2020 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)	VO/2019/08036
7.6	Mietanpassung SeniorInnenEinrichtungen Heiligen-Geist-Hospital (HGH)	VO/2019/08059
7.7	Mietanpassungen der SeniorInnenEinrichtungen Dornbreite, Dreifelderweg, Elswigstraße und Prassekstraße (Häuser der Stiftung Vereinigte Testamente (VT))	VO/2019/08060
8	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
8.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Alt werden im Quartier	VO/2019/07559
8.2	AT Freie Wähler & GAL und B90/Grüne zu VO/2019/07795 Runder Tisch Foodsharing - Lebensmittel verwenden statt verschwenden	VO/2019/07860
8.3	BM Möller - Dringlichkeitsantrag: Sofortmaßnahmen im Wohngebiet Aegidienviertel	VO/2019/07842
8.4	Antrag von CDU und SPD zu VO/2019/7842 Maßnahmenpaket Wohngebiet Aegidienviertel	VO/2019/07867
9	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2	
9.1	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung des Ausschusses für Soziales am 03.09.2019	VO/2019/07930
10	Anfragen/Antworten	
10.1	Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE) zum Thema Finanzierung der Lübecker Stadtmütter	VO/2019/07868
11	Anträge von Ausschussmitgliedern	
12	Verschiedenes	
19	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende eröffnet die 10. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2018/2023.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, VertreterInnen der Verwaltung, Herrn Rettberg (Beauftragte für Menschen mit Behinderung), Herrn Domeyer (Seniorenbeirat), Herrn Dr. Delius vom E-Punkt sowie die Öffentlichkeit.

Zu TOP 6.3 heißt der Vorsitzende Frau Gerlach und Herrn Goldyn von lambda:nord willkommen.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Antrag TOP 10.1 wurde zurückgezogen.

Herr Senator Schindler stellt einen Vertagungsantrag zu TOP 6.1

Der Ausschuss stimmt der Vertagung einstimmig zu.

Herr Senator Schindler bittet darum, die TOP 7.3 bis 7.7 gemeinsam zu beraten.

Der Ausschuss ist einverstanden.

Die TOP 8.3 und 8.4 werden einstimmig vertagt. Es besteht Einigkeit, diese in der gemeinsamen Sondersitzung mit dem Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 17.9.19 zu beraten.

Der Zuordnung der Tagesordnungspunkte 13 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit mit den beschlossenen Veränderungen festgestellt.

zu 4 Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 04.06.2019

Frau Akyurt: Anmerkung zu 9.1. "Nicht erledigte TOP Koordinierung Ehrenamt"

„Zu dem Thema habe ich darum gebeten, dass dieser TOP auf die nächste Ausschusssitzung im September kommt und wir detaillierte Auskünfte zu dem Vorhaben insbesondere des BGM erhalten. Vor allem inwieweit der BGM den E-Punkt und Paritätische Wohlfahrtsverbände mit in die Planungen einbezogen hat, wie vom Sozialausschuss gefordert. Ich bitte um entsprechende Ergänzung.“

Der Ausschuss stimmt einstimmig der Ergänzung zu.

Einwand Herr Müller:

„Ich widerspreche der auf Seite 15 in Zeile 5 beschriebenen Einigkeit.“

Der Ausschuss stimmt mit 14 ja-Stimmen und 1 Enthaltung der Ergänzung zu.

Der Niederschrift wird in der ergänzenden Fassung einstimmig zugestimmt.

zu 5 Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende berichtet vom „Sonntag“, der stattgefunden hat und wünscht sich im Weiteren eine rege Beteiligung der Ausschussmitglieder bei dieser Veranstaltung.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Geschäftsführung der vergangenen Jahre bei Frau Bormann und verabschiedet diese. Ferner begrüßt er die neue Geschäftsführung Frau Timmermann.

zu 6 Berichte

zu 6.1 mündlicher Bericht zu dem Berichts Antrag des AM Hönel "Psychosoziale Unterstützung von Geflüchteten" (beschlossen in der Sitzung am 04.06.2019)

vertagt

zu 6.2 Kurzvorstellung der im Gesundheitsamt durchgeführten Bachelorarbeit von Frau Stine Raben im Rahmen des Gesundheitswirtschaftsstudiums an der TH Lübeck zum Thema: "Entwicklung einer Empfehlungsliste zur Suchtprävention in den Kindertagesstätten in Lübeck"

Frau Raben stellt die Empfehlungsliste zur Suchtprävention in Kitas vor (Präsentation im Anhang)

Dazu spricht Herr Müller.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**zu 6.3 LsbtI - queere Jugendarbeit in Lübeck
Vorstellung durch das Jugendnetzwerk lambda::Nord**

Frau Gerlach und Herr Goldyn stellen die Arbeit von lambda:nord vor und erläutern den finanziellen Unterstützungsbedarf.

Dazu sprechen Herr Hönel, Herr Dr. Walther, Herr Voht, Herr Müller und Herr Schaffenberg.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**zu 6.4 Beitritt der Hansestadt Lübeck - Bereich 2.500 - Soziale Sicherung als Mitglied zu dem Verein "Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V. (BAG - SB)"
Vorlage: VO/2019/07935**

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 6.5 Verteilung der 5 zusätzlich durch das Land finanzierten Frauenhausplätze
Vorlage: VO/2019/07939**

Dazu sprechen Herr Müller, Frau Akyurt, Herr Dr. Grohmann, Frau Friemer und Frau Schwartz

Der Vorsitzende erteilt zudem Frau Prüß vom AWO Frauenhaus und Frau Schäfer vom Autonomen Frauenhaus das Wort.

Die Verteilung der 5 neuen Plätze auf die Frauenhäuser wird diskutiert.

Herr Senator Schindler ergänzt, dass 5 Plätze nicht durch zwei teilbar sind und bei einer weiteren Platzerweiterung das Frauenhaus der AWO begünstigend berücksichtigt werden wird.

Herr Dr. Grohmann beantragt eine 5 minütige Sitzungsunterbrechung (17.17 Uhr bis 17.22 Uhr)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 6.6 Verlagerung der Aufgabe Rattenbekämpfung vom Bereich 2.530 - Gesundheitsamt in den Bereich 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

zu 7.1 **Finanzierung des Projektes "Lübecker Stadtmütter" des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. für 2020**
Vorlage: VO/2019/08009

Beschlussvorschlag:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Verein "Lübecker Stadtmütter e.V." im Haushaltsjahr 2020 einmalig 128.100 Euro für das dort laufende Integrationsprojekt zur Verfügung zu stellen.
2. Die Finanzierung dieser freiwilligen und zusätzlichen Maßnahme in Höhe von 128.100 € wird im Rahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses zum Haushalt 2020 bei dem Produktsachkonto 331001000 5318001000 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege, Zuschüsse für laufende Zwecke soziale oder ähnliche Einrichtungen durch die Bürgerschaft beschlossen.
3. Über eine weitere Finanzierung über 2020 hinaus wird im Rahmen der neu abzuschließenden Budgetverträge ab 2021 neu zu verhandeln sein.

Dazu sprechen Herr Dr. Grohmann, Frau Aykurt, Herr Candan, Herr Senator Schindler, Herr Dr. Vieler, Frau Büche, Herr Voht und Herr Müller.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 7.2 **Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen**
Vorlage: VO/2019/08002

Beschlussvorschlag:

Die Hansestadt Lübeck schließt sich der Weisung 201903003 der Bundesagentur für Arbeit vom 01.03.2019 – Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen nach §§ 68, 68a Aufenthaltsgesetz im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme – auf der Grundlage des Schreibens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 29.01.2019 an.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 17.40 bis 17.55 Uhr.

zu 7.3 Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2018
Vorlage: VO/2019/07990

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.3 bis TOP 7.7

Herr Senator Schindler trägt zum aktuellen Stand und den weiteren erforderlichen Schritten zur „Vision 2030“ der städtischen SIE vor; der Vortrag ist dem Protokoll angehängt.

Herr Senator Schindler berichtet von der bisher erfolglosen Ausschreibung der Bereichsleiterstelle der SIE und von der geplanten Hinzuziehung eines Personalberatungsunternehmens, sodass die Stelle zeitnah neu ausgeschrieben wird.

Er erläutert auf Nachfrage von Herrn Dr. Grohmann in Bezug auf die Kosten, dass die Stelle mit einer Dotierung von EG 15 durchaus attraktiv ist und insgesamt die städtischen Einrichtungen deshalb so attraktiv sind, weil dort gute Arbeit geleistet wird. Zudem erklärt er, dass auch die Verhandlung der Pflegesätze gelungen sei.

Auf Nachfrage von Herrn Hönel wird von Herrn Barteck und Herrn Senator Schindler erläutert, dass die Kosten für die erforderlichen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern aus rechtlichen Gründen den Sachkosten zuzuordnen sind und es deshalb wünschenswert wäre, einen Personalpool zu haben anstelle von kostenintensiven Einsätzen von Leiharbeitenden.

Frau Akyurt stellt dar, dass es für eine Entscheidung erforderlich ist, die gesamten Fakten hierzu zu kennen und bittet um Hinweis, wer diese Fakten zusammenstellen wird.

Herr Barteck erläutert, dass bevor eine Beauftragung einer externen Firma erfolgen kann, die diese umfangreiche Untersuchung vornehmen kann, eine Ausschreibung unter möglichen Anbietern zu erfolgen hat. Über die Vergabe muss der Hauptausschuss beschließen. Die Ausgestaltung des Auftrages sollte lt. Frau Akyurt zuvor im Sozialausschuss erfolgen, ggf. in einer Steuerungsgruppe vorbereitet werden.

Herr Voht ergänzt, dass bereits viele Gutachten und erledigte Aufträge zu hierzu vorliegen, die zunächst einmal zusammengefasst werden sollten.

Frau Friemer bemerkt, dass es wünschenswert wäre, wenn auch durch die Hansestadt Lübeck eine ambulante Pflege angeboten werden könnte.

Herr Senator Schindler betont zum Abschluss noch einmal, dass die SIE gut aufgestellt werden soll und es immens wichtig ist, hier ein kommunales Angebot zu haben. Er vertritt die Auffassung, dass diese Verantwortung gegenüber den BürgerInnen dem finanziellen Defizit zurückstehen muss.

Abstimmungen unter den einzelnen TOP

TOP 7.3

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das

Geschäftsjahr 2018 wird mit einer Bilanzsumme von €3.202.331,32 und einem Bilanzverlust von €3.187.069,23 festgestellt

2. Der Bilanzverlust 2018 in Höhe von €3.187.069,32 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

Abschließend erklärt Herr Barteck, dass er in den Ruhestand geht und stellt Herrn Beyer vom Beteiligungscontrolling als Nachfolger vor.

**zu 7.4 Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. §95 d, Abs. 1, Gemeindeordnung Schl.-Holst. (GO) für das Haushaltsjahr 2019 im Produkt 315201 - SeniorInnenEinrichtungen
Vorlage: VO/2019/07993**

Beratung siehe TOP 7.3

Beschluss:

Im Haushaltsjahr 2019 werden beim Produktsachkonto 3152015315000 SeniorInnenEinrichtungen – Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke 838.700,00 € zur Deckung des höheren Verlustes im Wirtschaftsjahr 2018 überplanmäßig gemäß § 95 d GO S-H bewilligt.

Die Deckung erfolgt aus Minderaufwendungen im Haushaltsjahr 2019 beim Produktsachkonto 312101000 5461100 SGB II – Leistungen Unterkunft und Heizung in Höhe von 838.700,00 €.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 7.5 Wirtschaftsplan 2020 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE)
Vorlage: VO/2019/08036**

Beratung siehe TOP 7.3

Beschluss:

1. Es betragen

1.1	im Erfolgsplan	€
	die Erträge	25.072.200
	die Aufwendungen	28.548.800
	der Jahresgewinn	0
	der Jahresverlust	-3.476.600
1.2	im Vermögensplan	
	die Einzahlungen auf	671.500
	die Auszahlungen auf	671.500

2.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	0
2.1	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf	0
2.2	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	3.900.000
3.	die Stellenübersicht 2020 (Anlage 8) nebst Änderungsliste (Anlage 8a).	

Der Festsetzung des Wirtschaftsplans 2020 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen im Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales für das Geschäftsjahr 2020 wird gemäß Anlagen 1-10 im Rahmen der Haushaltssatzung 2020 zugestimmt.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

<p>zu 7.6 Mietanpassung SeniorInnenEinrichtungen Heiligen-Geist-Hospital (HGH) Vorlage: VO/2019/08059</p>
--

Beratung siehe TOP 7.3

Beschluss:

Die neue Miete für die SeniorInnenEinrichtung Heiligen-Geist-Hospital wird zum 01.01.2020 angepasst und beträgt p.a. 562.624,99 € (bisher 282.844,66 €).

Die neue Miete wird im Wirtschaftsplan 2020 der SIE geordnet und somit entsprechend berücksichtigt werden.

Der Ausschuss empfiehlt mit 14 ja-Stimmen und 1 Enthaltung der Bürgerschaft gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

<p>zu 7.7 Mietanpassungen der SeniorInnenEinrichtungen Dornbreite, Dreifelderweg, Elswigstraße und Prassekstraße (Häuser der Stiftung Vereinigte Testamente (VT)) Vorlage: VO/2019/08060</p>

Beratung siehe 7.3

Beschluss:

Die neue Miete für die SeniorInnenEinrichtungen Dreifelderweg, Prassekstraße, Dornbreite und Elswigstraße wird zum 01.01.2020 p.a. 1.307.724,15 € betragen (bisher 970.729,85 €).

Die neue Miete wird im Wirtschaftsplan 2020 der SIE geordnet und somit entsprechend berücksichtigt werden.

Der Ausschuss empfiehlt mit 14 ja-Stimmen und 1 Enthaltung der Bürgerschaft, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 8.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Alt werden im Quartier
Vorlage: VO/2019/07559**

Beschluss:

Ziel des Wirkens der Hansestadt Lübeck ist es, ein bedarfsgerechtes Angebot für ein selbständiges und sicheres Wohnen für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf im Quartier zu schaffen. Hierzu wird eine umfassende Versorgungssicherheit im gewohnten Umfeld bzw. an dem Ort, wo die Menschen leben und wohnen wollen, geschaffen. Dabei gilt es, insbesondere ambulante Wohn- und Versorgungsarrangements in den Wohnquartieren zu schaffen, die auch eine umfassende Pflege bieten. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist ein angemessenes und bedarfsgerechtes Angebot an Wohnraum für diese Zielgruppen.

Deshalb soll in den Jahren 2019-2023 jährlich eine Mindestanzahl an neu zu errichtenden Wohnungen bzw. entsprechenden Plätzen in gemeinschaftlichen ambulanten Wohnformen für Menschen mit Pflegebedarf sowie für das ambulant Betreute Wohnen und selbständige Wohnen mit Assistenz für Menschen mit Behinderung geschaffen werden.

Der Bürgermeister wird daher beauftragt,

1) ein entsprechendes bedarfsorientiertes Handlungskonzept zur planmäßigen Schaffung von geeigneten Wohnungen bzw. Wohnformen für Menschen mit Pflege- oder Unterstützungsbedarf zu erstellen.

Hierzu gehört auch die Einbeziehung genossenschaftlicher- bzw. gemeinschaftsorientierter Wohnformen, Pflegewohngemeinschaften, Wohnen mit Versorgungssicherheit, Betreutes Wohnen oder das selbständige Wohnen mit Assistenz für Menschen mit Behinderung. Auch kombinierte Angebote für Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen sollten in die Überlegungen einfließen;

2) die kommunalen Gesellschaften, freie Träger sowie entsprechende Vereine (Bsp. Mieterverein etc.) in die konzeptionelle Entwicklung mit einzubeziehen;

3) Kooperationsformen zwischen kommunalen Wohnungsunternehmen und Trägern sozialer Dienste, die der Schaffung einer Versorgungssicherheit für die Bewohnerinnen und Bewohner bei Pflege und Unterstützungsbedarf dienen, zu befördern. Dies gilt auch für die notwendige Zusammenarbeit der Akteure, Träger und Initiativen vor Ort;

4) die AG Leben und Wohnen im Alter sowie der Pflegestützpunkt der Hansestadt Lübeck bei der Konzeption zu beteiligen.

Die entsprechende Konzeption ist der Bürgerschaft bis September 2019 vorzulegen. Der Sozialausschuss ist in der Folge regelmäßig über die Entwicklung zu informieren.

Herr Wulf weist darauf hin, dass im Rahmen der Umsetzung von *Leben und Wohnen im Alter* besonders auch das Thema „Älterwerden im Quartier und möglichst langer Verbleib in der eigenen Wohnung“ berücksichtigt wird. Zudem weist er darauf hin, dass der Bereich Soziale Sicherung z.Zt. im Auftrag der Bürgerschaft einen aktuellen Pflegebedarfsplan erstellt, aus dem sich Bedarfe zu dem Thema ablesen lassen und Handlungsempfehlungen ergeben werden.

Hierzu spricht Herr Hönel.

Der Ausschuss beschliesst mit 7 ja-Stimmen, 6 nein-Stimmen und 2 Enthaltung dem Antrag stattzugeben,

**zu 8.2 AT Freie Wähler & GAL und B90/Grüne zu VO/2019/07795 Runder Tisch Food-sharing - Lebensmittel verwenden statt verschwenden
Vorlage: VO/2019/07860**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Runden Tisch zu initiieren, in dem Mitgliedern der Initiative Foodsharing e.V., dem Lebensmitteleinzelhandel, Gastronomiebetreibenden, Lübecker Tafel e.V., Marktstandbetreiber*innen, den Fraktionen und ggf. weiteren relevanten Personen die Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben werden soll.

Ziel des Runden Tisches soll sein, den Gedanken des Foodsharings in Lübeck weiter zu verbreiten und zu unterstützen und darauf hinzuwirken, dass möglichst keine, noch genießbaren Lebensmittel im Abfall landen, nur weil diese Makel aufweisen oder deren Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist. Stattdessen soll darauf hingewirkt werden, dass solche Lebensmittel kostenlos zur Abholung oder zur Mitnahme zur Verfügung gestellt werden.

Damit soll möglichst das sogenannte "Containern" überflüssig gemacht werden, die unwürdige Suche nach verwertbaren Lebensmitteln in Abfallcontainern.

Mit Zustimmung des Ausschusses stellt Frau Bachmann mit zwei weiteren Vereinsmitgliedern von foodsharing e.V. stellen die Arbeit des Vereins vor.

Es werden weitere Verständnisfragen beantwortet und Erläuterungen gegeben.

Im Weiteren sprechen Herr Dr. Grohmann, Herr Müller, Frau Akyurt, Frau Woler, Frau Büche, Herr Candan, Herr Dr., Vieler, Frau Friemer und Herr Schaffenberg.

Seitens der Verwaltung -Herrn Dr. Hamschmidt sowie Herrn Senator Schindler- wird die Zuständigkeit für die Einberufung dieses gewünschten Runden Tisches nicht im FB 2 gesehen.

Die Klientel, die diese noch verwendbaren Lebensmittel bekommen und diese Stationen/Schränke aufsuchen werden, sind zweifelsfrei in der überwiegenden Mehrheit dem KundenInnenkreis der einkommensschwächeren BürgerInnen zuzuordnen. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass die Akteure, die an diesen Tisch gehören, die auch etwas bewegen können, wie u.a. die Lebensmittelaufsicht, Gewerbeaufsicht usw. im FB 3 angesiedelt sind bzw. dort eine Vernetzung besteht.

Herr Senator Schindler verweist darauf, dass die Zuweisung der Bürgerschaft an den FB 2 durch einen erneuten Antrag mit der Bitte um Zuweisung an den FB 3 erfolgen könnte.

Es erfolgt ein reger Austausch über die Zuständigkeit für den Sozialausschuss.

Herr Schaffenberg erläutert, dass es durch en FB 2 ein Runder Tisch initiiert werden sollte und dann erst die Federführung auch geklärt werden kann.

Der Ausschuss beschließt mit 14 ja-Stimmen und 1 Enthaltung dem Antrag stattzugeben.

zu 8.3	BM Möller - Dringlichkeitsantrag: Sofortmaßnahmen im Wohngebiet Aegidienviertel Vorlage: VO/2019/07842
---------------	---

vertagt

zu 8.4	Antrag von CDU und SPD zu VO/2019/7842 Maßnahmenpaket Wohngebiet Aegidienviertel Vorlage: VO/2019/07867
---------------	--

vertagt

zu 9	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
-------------	---

zu 9.1	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung des Ausschusses für Soziales am 03.09.2019 Vorlage: VO/2019/07930
---------------	---

Herr Senator Schindler berichtet, dass es noch keinen neuen Sachstand seitens des Bürgermeisters zur Koordinierungsstelle Ehrenamt gibt.

Frau Friemer verlässt die Sitzung um 19.53 Uhr

Herr Voht betont, dass dieses eine äußerst unbefriedigende Situation ist und stellt den Antrag, den Bürgermeister gemäß § 46 Abs.7 Satz 1 Gemeindeordnung zur Teilnahme an der nächsten regulären Sitzung des Sozialausschusses am 01.10.2019 zu verpflichten.

Herr Dr. Delius vom Epunkt stellt seine Arbeit vor und berichtet über den bisherigen Verlauf in dieser Sache und weist auch in Bezug auf seine Personalverantwortung auf eine Dringlichkeit hin.

Hierzu sprechen Frau Bachmann, Herr Müller, Frau Akyurt, Herr Dr. Grohmann, Herr Candan, und Herr Schaffenberg.

Der Antrag von Herrn Voht wird einstimmig angenommen.

Herr Senator Schindler berichtet, dass die Hansestadt Lübeck sich als ein Partner vom „Sicherer Hafen“ dem schleswig-holsteinischen Bündnis angeschlossen hat.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10 Anfragen/Antworten

**zu 10.1 Anfrage AM Andreas Müller (DIE LINKE) zum Thema Finanzierung der Lübecker Stadtmütter
Vorlage: VO/2019/07868**

zurückgezogen

zu 11 Anträge von Ausschussmitgliedern

enfällt

zu 12 Verschiedenes

Die nächste reguläre Sitzung des Ausschusses für Soziales findet am Dienstag, den 01.10.2019 um 16.00 Uhr im Verwaltungszentrum Mühlentor statt.

Zuvor findet die Sondersitzung zu den TOP 8.3 und 8.4 gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung im Verwaltungszentrum Mühlentor am 17.09.2019 um 16.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

zu 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil das Protokoll der letzten Sitzung genehmigt wurde.

Lübeck, den 3. Februar 2020

Ingo Schaffenberg
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung